

ANTRÄGE

1) Publikation des Amtsblattes der Stadt Graz im Internet

GR. **Mayr** stellt folgenden Antrag:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um die Erneuerung eines Antrages, nämlich die Publikation des Amtsblattes im Internet. Der Magistrat Graz bemüht sich schon seit langem, seine Dienstleistungen zunehmend auch über das Internet zur Verfügung zu stellen, sei es im Rahmen der E-Government-Strategie des Bundes oder eigener Projekte. Hier ist wirklich sehr viel erreicht worden und ich möchte mich an der Stelle ganz besonders beim Abteilungsvorstand Dipl.-Ing. Steinbrucker (*Applaus ÖVP*) und seinem Team bedanken. Die Internetgestaltung auf graz.at und auch die E-Government-Projekte sind auch innerhalb von Österreich teilweise herausragend. Ein kleines Detail gibt es nämlich noch, was man noch machen könnte, das Amtsblatt an sich liegt zwar in gedruckter Form vor, aber leider nicht im Internet als Download zur Verfügung, was einerseits den schnellen Zugriff auf das Amtsblatt nicht möglich macht, andererseits auch eine kostengünstige Zurverfügungstellung ermöglichen würde.

Daher mein

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats mögen noch einmal beauftragt werden, das Amtsblatt der Stadt Graz in geeigneter Form auf der Website graz.at zu zur Verfügung stellen (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Relay-Center mit Dolmetschzentrale

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, tut mir leid, Herr Vizebürgermeister, Vize habe ich noch nicht gelernt. Ich begrüße auch auf der Galerie alle Gehörlosenvertreterinnen und –vertreter, allen voran die Obfrau des Landesverbandes der Gehörlosenvereine, Frau Zemann (*allgemeiner Applaus*), für die Übersetzung der Gebärdensprache ist Frau Panholzer zuständig (*allgemeiner Applaus*) und viele von Ihnen haben sich heute schon gefragt, warum ich so einen türkisen Ribbon trage, der Ribbon, die Frau Stadträtin weiß es auch schon, ich habe auch noch ein paar mit, die sind auch zu erstehen um zwei Euro und kommen dem Gehörlosenverband zugute, aber der Ribbon steht für die Anerkennung der Gebärdensprache als vollwertige Sprache. Aber jetzt zu meinem Anliegen, welches ich heute für den Gehörlosenverband vortragen werde und zwar es betrifft ein Relay-Center mit Dolmetschzentrale. Durch das Inkrafttreten des Behindertengleichstellungsgesetzes hat sich Österreich verpflichtet, Barrieren abzubauen. Diese oft sehr großen Hürden für Menschen mit Behinderungen können vielfältig sein, das haben wir heute auch schon in der Fragestunde besprochen. Die meisten von Ihnen werden an Lifte und Aufzüge denken, stimmt auch, aber die Unterstützung durch Gebärdendolmetsch ist für gehörlose Menschen ebenso wichtig, um eine Barrierefreiheit gewährleisten zu können.

Der Steirische Landesverband der Gehörlosenvereine hatte bis Ende Dezember 2006 eine vom Land Steiermark finanzierte Dolmetschzentrale. Dieses Projekt war als Basissubvention eingerichtet und wird vom Land Steiermark nicht als eigenständiges Projekt gesehen. Eine Weiterführung ist stark gefährdet.

Da durch das Behindertengleichstellungsgesetz und die Festschreibung der Gebärdensprache in der Verfassung die Gebärdensprache eine gesetzliche Leistung geworden ist und somit einklagbar ist, wird der Bedarf der Gebärdensprache und des Gebärdendolmetsch-Center sehr hoch und sehr groß ansteigen.

Daher bemüht sich der Verband, ein Relay-Center mit Dolmetschzentrale für die Steiermark in Graz einzurichten. Das ist absolut notwendig, um für die tägliche Aufrechterhaltung des Kommunikationsflusses einen nahezu barrierefreien Zugang

zur hörenden und schriftbezogenen Umwelt zu schaffen und vor allem für in Not befindliche gehörlose Personen rasche Hilfe anbieten zu können. Nur durch ein eigenes Relay-Center kann gewährleistet werden, dass keine Diskriminierung passiert.

Namens der Fraktion der ÖVP stelle ich daher den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

Die Stadt Graz bekennt sich zur Gebärdensprache und führt den Ausbau dieser Leistung fort.

Das Amt für Soziales soll sich mit dem Sozialressort des Landes in Verbindung setzen, um die Finanzierung eines Relay-Center mit Dolmetschzentrale sicherzustellen (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen,

3) Prüfung der von der Stadt subventionierten Vereine, Institutionen und Veranstaltungen auf Barrierefreiheit und die Ausarbeitung eines Planes zum Abbau von Barrieren

GR. **Hohensinner** stellt folgenden gemeinsamen Antrag von ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grüne und FPÖ:

GR. **Hohensinner**: Der zweite Antrag ist ein gemeinsamer Antrag von der Grünen Fraktion, der SPÖ, der KPÖ, der FPÖ und uns von der ÖVP. Seit Jänner 2006, das habe ich heute schon öfter erwähnt, ist das

Bundesbehindertengleichstellungsgesetz in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist die Ermöglichung einer gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben sowie einer selbst bestimmten Lebensführung.

Da wir uns zur Barrierefreiheit bei den Liegenschaften heute schon bekannt haben, sollte dies auch für von der Stadt subventionierte Vereine, Institutionen und Veranstaltungen gelten.

Unsere Stadt fördert hunderte Einrichtungen, damit alle Grazerinnen und Grazer dieses Angebot wahrnehmen können und daraus in den verschiedensten Lebenssituationen profitieren können.

Aber werden auf Grund baulicher Gegebenheiten nicht oft sehr viele Grazerinnen und Grazer von diesen Leistungen ausgeschlossen?

Diese Frage sollten wir uns durch eine Evaluierung beantworten lassen.

Jeder Stadtsenatsreferent soll mit seinen Subventionsempfängern einen Plan zum Abbau baulicher Barrieren erarbeiten. Mittelfristig können Teile des Angebotes auch in barrierefreie Räumlichkeiten ausgelagert werden.

Namens der schon vorher von mir angeführten Fraktionen stelle ich daher den

A n t r a g :

- Die Stadt Graz wird mit der Hilfe von ExpertInnen, und da meine ich Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer, alle subventionieren Vereine, Institutionen und Veranstaltungen auf Barrierefreiheit evaluieren.
- Jeder Stadtsenatsreferent soll mit seinen Subventionsempfängern einen Plan zum Abbau baulicher Barrieren ausarbeiten. Danke (*Applaus ÖVP*) und eben die Buttons gibt es halt bei mir hinten oben, in der vorletzten Reihe, wenn sie einen wollen.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Beleuchtung im öffentlichen Raum

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Antrag:

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meinem Antrag geht es um die Beleuchtung im öffentlichen Raum. Das Thema Sicherheit ist eines der ganz wichtigen, die uns im Gemeinderat immer wieder begleiten, auch heute, es gibt fast jeden Gemeinderat dazu auch Anträge, dringliche Anträge, Anfragen.

Dabei geht es oft in erster Linie um das subjektive Sicherheitsgefühl. Deshalb haben wir im Novembergemeinderat eine Petition zur Kompetenzstärkung unserer Parkwächter verabschiedet, von der wir hoffen, dass sie noch vor dem Sommer zu einem positiven Ergebnis auch im Landtag führen wird.

Ein zentrales Thema aller Diskussionen rund um Sicherheit ist die Beleuchtung von Straßen, Plätzen und Parkanlagen.

Beim Stadtparkgipfel, beim Arbeitskreis Sicherheit, aber auch bei den Bezirkstouren diverser Zeitungen und Parteien, werden wir immer wieder darauf hingewiesen, dass es in unserer Stadt in diesem Bereich noch an zahlreichen Stellen mangelt.

Im Verhältnis ist das ausreichende Beleuchten im Vergleich zu anderen Sicherheitsmaßnahmen, die meist Personal erfordern, eine sehr günstige Möglichkeit, das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern.

Werner Miedl hat im vergangenen Herbst zu einem Diskussionsabend um die Situation rund um die Triestersiedlung geladen. Dabei ist es auch um Beleuchtung gegangen. Sowohl in den Innenhöfen als auch ganz besonders im Schlossarpark wurde dringend ersucht, eine Verbesserung herbeizuführen.

Daher stelle ich namens der Grazer Volkspartei folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen StadtsenatsreferentInnen und Magistratsstellen mögen prüfen, inwieweit eine Beleuchtung für den Schlossarpark nach Möglichkeit noch im heurigen Jahr verwirklicht werden kann sowie eine Erhebung über die Bezirksräte zu veranlassen, wo diese in ihren Bezirken bezüglich ausreichender Beleuchtung

Handlungsbedarf sehen. Ich bitte, das auch den Bezirken ein bisschen weiterzuleiten. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Haltestellenausbauoffensive

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! So erfreulich sich die Entwicklung im öffentlichen Verkehr durch die Ausbauaktivitäten bei den Straßenbahnlinien 4, 5 und 6 darstellt und wissend um die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs im Hinblick auf Feinstaubentlastung, Parkproblematiklösung, gibt es in Bezug auf die mehr oder weniger unzufriedenstellenden Haltestellensituationen in vielen Bereichen dringenden Handlungsbedarf.

So gibt es zahlreiche Bus- und Straßenbahnhaltestellen, die vor allem ältere und/oder gehbehinderte Personen beim Ein- und Aussteigen größte Probleme bereiten. Auch zahlreiche Initiativen aus diversen Bezirksratsgremien fordern unter anderem in der Annenstraße, Münzgrabenstraße usw. eine rasche bauliche Verbesserung der Haltebestellenbereiche.

Durch entsprechende vorgezogene Auftrittsflächen oder sonstige Maßnahmen, vorgeschaltete Ampeln, wie wir sie zum Teil schon gehabt haben und es gibt sicherlich auch noch viele andere technische Möglichkeiten, würde sich nicht nur die Ein- und Aussteigemöglichkeit und der Komfort diesbezüglich für die Fahrgäste verbessern, sondern es wäre damit auch eine Erhöhung der Verkehrssicherheit, denken Sie nur vielfach an die Annenstraße, wo sich die Fahrgäste durch die dort

stehenden oder vorbeifahrenden Autos bei den entsprechenden Haltestellen quälen und drängen müssen, könnte eben hier einiges zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beigetragen werden. Wir wissen zwar, dass es ein Haltestellenausbauprogramm gibt, aber nur in meinem Antrag ging es darum, einfach hier eine Offensive in dieser Richtung zu starten, das heißt im Klartext, ich stelle namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g ,

die zuständige Magistratsabteilung möge im Sinne des Motivenberichtes eine entsprechende Haltestellen-Ausbauoffensive starten und möge die Ausbaupläne bis April dieses Jahres dem Gemeinderat präsentieren. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Gehsteig-/Gleisparker

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** stellt folgenden gemeinsamen Antrag von SPÖ, KPÖ und Grüne:

Dr. **Getzinger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei den vielen in der Stadt Graz sowie im Gemeinderat geführten Verkehrsdiskussionen wurde und wird mitunter auf die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer vergessen, die Fußgängerinnen und Fußgänger. Es gilt nach wie vor, diese VerkehrsteilnehmerInnen zu fördern und insbesondere massive Hindernisse dafür abzubauen. Eines dieser „Fußgängerhindernisse“ sind die auf Gehsteigen parkenden Kraftfahrzeuge. Beispiele dafür sind unter anderem im Bereich der Reitschulgasse, der Leonhardstraße und der Lenaugasse sowie – illegal – in der Jakominigasse zu finden. Dabei verbleibt für die Fußgänger oft nicht einmal mehr ein Meter Platz

zwischen den parkenden Autos und den Hauswänden, was Mütter und Väter, die mit Kinderwagen unterwegs sind und die ohnehin mit einer Reihe von Erschwernissen im Straßenraum konfrontiert sind, vor geradezu unlösbare Probleme stellt. Die Situation in diesen Straßenzügen ist umso prekärer, als die auf den Gehsteigen parkenden Autos nicht nur den Fußgängerverkehr, sondern straßenseitig auch sehr häufig die in diesen Straßen fahrenden Straßenbahnen in Form von Gleisparkern behindern.

Ich stelle daher namens der genannten Fraktionen den

A n t r a g ,

dass die Gehsteige, insbesondere in den Straßenzügen Reitschulgasse (auf der Nordseite), Leonhardstraße (zwischen der Lichtenfelsgasse und der Merangasse) sowie der Lenaugasse (auf der Westseite) von den auf den Gehsteigen parkenden beziehungsweise haltenden Autos im Sinne des Behinderungsabbaues für den Fußgänger- und den öffentlichen Verkehr zur Gänze befreit werden. Dies selbstverständlich unter Berücksichtigung des notwendigen Ladeverkehrs, der notwendigen Ladetätigkeit bei Gewerbebetriebe. Der für Verkehr zuständige Stadtrat wird ersucht, diesbezüglich dem Verkehrsausschuss bis Ende 2007 Bericht zu erstatten. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Herrn Ärztekammerpräsident Peyer ist auf der Tribüne, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).